

Jens Berger diskutiert [in diesem Beitrag](#) über Vermögen. Unumstritten sei, dass die Vermögenden in Relation zu ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit viel zu wenig zur Finanzierung des Allgemeinwohls beitragen und zu wenig Steuern zahlen. Bei der Frage, was Vermögen ist und wie sich die großen Vermögen zusammensetzen, sei Differenzierung angebracht. Die entscheidende Frage sollte lauten, wie es zu bewerkstelligen sei, dass Unternehmer mehr zur Finanzierung des Allgemeinwohls beitragen, ohne die Volkswirtschaft als Ganzes und damit die Basis unseres Wohlstandes zu schädigen. Sinnvoll sei es, dem Steuersystem ein Update zu verpassen: „Man könnte eine Digitalsteuer auf Umsätze erheben, man könnte eine Gewinnsteuer nach nationalem Umsatzanteil einführen, man könnte eine Datensteuer, eine Plattformabgabe, eine Besteuerung von Marktbeherrschung und so vieles andere einführen.“ Jedes dieser Modelle sei jedoch kompliziert und politisch sicher nicht einfach umzusetzen. Da sei es „natürlich leichter, dem Wähler einfache ‚Lösungen‘ vorzugaukeln“. *Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten. Von unseren Leserinnen und Lesern haben wir dazu zahlreiche und interessante Zuschriften bekommen, in denen auch andere Meinungen enthalten sind.* Dafür bedanken wir uns. Die nun folgende Auswahl der Leserbriefe hat **Christian Reimann** für Sie zusammengestellt.

1. Leserbrief

Guten Tag Herr Berger,

ich möchte die volkswirtschaftliche Perspektive hinzufügen, was die immer reicher werdenden Individuen angeht.

Da die Privaten (private Haushalte) Nettosparer sind, muss dieser Nachfrageausfall kompensiert werden. Hierzu stehen die Unternehmen, der Staat und das Ausland zur Verfügung. Die Unternehmen kommen ihrer Funktion als Netto-Kreditnehmer, der damit Investitionen durchführt und somit an Produktivität gewinnt, die dann unter den Beteiligten aufgeteilt werden kann, nicht mehr nach. Die Unternehmen sind ebenfalls ins Lager der Nettosparer gewechselt.

In Deutschlands jüngerer Vergangenheit zwischen den Jahren 2014 und 2019 brauchte der Staat ebenfalls keine zusätzlichen Kredite aufnehmen. Das war möglich, weil das Ausland sich gegenüber Deutschland immer mehr verschuldete. Nichts anderes waren die

rekordhohen Überschüsse in der Leistungsbilanz.

Die steigende Staatsverschuldung führt dazu, dass sich der Staat zurückzieht und den Privaten, Unternehmen (Investoren) immer mehr öffentliche Monopole der Daseinsfürsorge überlässt. Auch der Wohnungsbau ist diesem Wandel ausgesetzt. Über das Thema PPP (public private partnership = öffentlich-private Partnerschaften) wurde genug berichtet; Staatsverschuldung wird in staatlich garantierte Schulden gewandelt.

Die Art der Besteuerung hat sich in den letzten Dekaden dahingehend gewandelt, direkte Steuersätze senken und indirekte Steuersätze erhöhen. Das führt ebenfalls zu ungleichen Vermögensverhältnissen, die Bestandsgröße Vermögen speist sich aus der Stromgröße Einkommen. Die nächste Umsatzsteuererhöhung lauert.

So lange beim Bürger, Wähler kein Bewusstsein herrscht, geht es weiter, auch wenn für den Bürger offensichtlich ist, dass immer mehr leiden und immer weniger profitieren.

Der Staat nach dem ich mich sehne, zeichnet sich durch eine kompetente, humanistische Regierung und einen unbestechlichen öffentlichen Dienst aus. Leider glaubt der Staat seine Stärke auf dem Feld des Autoritarismus, wenige verkörpern das wie Joachim-Friedrich Martin Josef Merz.

Friedliche Grüße
Jan Schulz

2. Leserbrief

Sehr geehrte Redaktion, lieber Herr Berger,

die Debatte über Reichensteuern greift aus meiner Sicht zu kurz, wenn sie nur danach fragt, wie viel Geld der Staat Vermögenden abnehmen soll. Die eigentliche Machtfrage lautet doch: Wem gehören die Unternehmen, wer entscheidet über Investitionen, Standorte, Löhne und Gewinne?

Eine klassische Vermögenssteuer kann in der Tat problematisch sein, wenn Vermögen vor allem in produktiven Unternehmen steckt. Dann entsteht schnell Liquiditätsdruck, der am Ende nicht die Finanzoligarchie trifft, sondern inhabergeführte Betriebe schwächt und sie für Konzerne oder Finanzinvestoren noch leichter aufkaufbar macht. Genau deshalb braucht

es ein anderes Modell.

Die logische Antwort wäre aus meiner Sicht: Übermäßige Eigentumskonzentration wird nicht einfach in Steuerzahlungen umgewandelt, sondern schrittweise in Belegschaftseigentum. Große Unternehmen müssten jährlich einen Teil ihrer Anteile in unverkäufliche Mitarbeiterfonds oder Belegschaftsstiftungen übertragen. So würde dem Unternehmen kein Geld entzogen, aber die Eigentumsmacht würde langsam demokratisiert. Die Mitarbeiter wären nicht nur Lohnabhängige, sondern Miteigentümer des Produktivvermögens.

Entscheidend wäre allerdings: Umgehung darf nicht belohnt werden. Wer seine Holding ins Ausland verlegt, Gewinne verschiebt oder Briefkastenkonstruktionen nutzt, um sich dieser Verpflichtung zu entziehen, darf nicht einfach weiter ungestört im Inland Geschäfte machen. Marktzugang ist kein Naturrecht des Kapitals. Wer hier verkauft, arbeitet, Infrastruktur nutzt und Gewinne erzielt, muss sich auch hier den Regeln unterwerfen.

Noch wirkungsvoller wäre ein solches Modell auf europäischer Ebene. Der EU-Binnenmarkt ist groß genug, um Konzernen klare Bedingungen zu stellen. Statt Europa als Durchleitungsraum für Kapitalinteressen zu organisieren, müsste Europa ein Schutzraum gegen Kapitalerpressung werden.

Das wäre keine plumpe Enteignung, sondern eine friedliche, schrittweise Demokratisierung wirtschaftlicher Macht. Und genau das wäre die eigentliche Antwort auf die wachsende Vermögenskonzentration.

Niki Beckmann

3. Leserbrief

Lieber Jens,

alles soweit richtig und grundsätzlich bekannt. Aber mit Besteuerung nur der "Dividenden bzw. die Summen, die Anteilseigner, Unternehmer, Vermieter und sonstige Menschen mit nennenswerten Zinseinkünften dem Kapitalstock oder eben dem Unternehmen zur persönlichen Nutzung entziehen" käme man auch nicht sehr weit, weil die Superreichen einen Großteil ihrer Gewinne bzw. Vermögenswertsteigerungen gerade nicht entnehmen, sondern im Unternehmen lassen oder in verbundenen Kapitalgesellschaften, schon um die

Abgeltungsteuer bzw. Kapitalertragsteuer zu sparen. Da man an dem Problem, dass der deutsche Fiskus nicht in der ganzen Welt besteuern kann, grundsätzlich nicht vorbeikommt, aber sich auch nicht davon abhalten lassen darf, sonst landet man in der neoliberalen Logik des internationalen Steuersenkungswettbewerbs, spricht das m.E. für die Besteuerung auch von Kapitalgesellschaften als solchen, und allen Betriebsvermögen, deren Standort in Deutschland ist, egal wer und wo die Eigentümer sind. So wie es bei der alten Vermögensteuer auch war.

Die Frage ist dann die nach der Höhe der Steuer (die ja faktisch eine zusätzliche Gewinnbesteuerung ist) und dem Verhältnis zwischen Besteuerung bzw. Doppelbesteuerung von Gesellschaft und ggf. inländischen Eigentümern, deren weltweites Gesamtvermögen der Steuer unterliegt (soweit es nicht im Ausland schon besteuert wird und Doppelbesteuerungsabkommen bestehen). Am saubersten erscheint zunächst ein Anrechnungsverfahren, das wirft aber sehr viele praktische Probleme auf. Machbarer ist wahrscheinlich eine Befreiung von Anteilen bei der Besteuerung der Eigentümer, wenn das Unternehmen Vermögenssteuer zahlt. Da sind aber wiederum Regelungen notwendig, die eine ungerechte Privilegierung der Vermögensanlage in Aktien gegenüber anderen Vermögensarten verhindern. Im Anhang ein schneller Chat mit Copilot dazu, m.E. instruktiv.

Viele Grüße
Ralf Krämer

[Vermögensbesteuerung von Körperschaften und ihren Eigentümern, Anrechnung und Alternativen \[PDF\]](#)

4. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

zu Ihrem Artikel möchte ich mehrere Kritikpunkte bzgl. ökonomischer Begrifflichkeiten äußern.

1. In Ihrem Artikel wird zwischen guten und bösen Kapitalisten unterschieden. Auf der einen Seite die bösen 'auf der gesamten Welt verteilten Großaktionäre' und auf der anderen Seite die guten: 'das Modell des klassischen Unternehmers, der Arbeitsplätze schafft und standorttreu ist'. Diese 'Unterscheidung' ist uralt aber falsch, willkürlich

und irreführend und wird oft hervorgeholt um der eigenen Argumentation ein pseudolinkes Mäntelchen überzustülpen. In der Formel 'raffendes versus schaffendes Kapital' findet man sie ebenso in extrem rechten Kreisen die mit wahrhaftiger Kapitalismuskritik freilich wenig am Hut haben. Das das BSW sich dieser Formel inhaltlich ebenso bedient (siehe z.B. 'Die Selbstgerechten', Wagenknecht) macht sie nicht weniger falsch. Herr Berger soll doch bitte versuchen ein scharfes Kriterium zu definieren mit der er das geschäftliche Gebahren des 'biedereren schwäbischen Maschinenbauers' von dem des 'unanständigen Tech-Milliardärs' abgrenzen kann. Er wird keines finden. Und ja, auch der 'schwäbische Maschinenbauer' wird Tesla-/Amazon/-... Aktien im Betriebsvermögen haben wenn die Rendite passt. Auch der schwäbische Maschinenbauer wird Lohnarbeiter entlassen oder die Produktion verlagern wenn die Rendite anderswo grösser ist....usw...die Unterscheidung ist, wie gesagt, rein willkürlich.

2. Die Debatte um Vermögenssteuer/Erbschaftsteuer wird meiner Meinung nach vom falschen Ende her geführt. Es ist doch eine inhärente Eigenschaft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dass der Lohnarbeiter immer mehr Wert erarbeitet als er durch den Lohn ausgezahlt bekommt und die Differenz sich der Arbeitgeber einstreicht. Die Kapitalakkumulation in den Händen der Arbeitgeber ist damit systemisch vorgesehen und gewollt. Jetzt zu versuchen, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, mit irgendeiner Steuer daran nochmal etwas zu ändern, ist genauso sinnvoll wie der Versuch einen Fluss bergauf fließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
R.H.

5. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

wäre 1. April gewesen, hätte ich gedacht, Ihr Artikel zu den «Reichen, Superreichen und linken Denkfehlern» sei der Aprilscherz der NachDenkSeiten. Ein solches Plädoyer für die Unternehmer nehme ich in Kauf, wenn ich die NZZ oder FAZ lese, was ich nicht mehr tue, weil es mich zu sehr aufregt. Aber bei den NachDenkSeiten erhoffe ich mir doch etwas mehr soziales Gewissen.

Sie verstehen ganz sicher mehr von Wirtschaft als ich. Aber was ich weiss aus meinem Dasein als Angestellte: Es geht jeder Unternehmerfamilie weitaus besser als der Familie

eines einfachen Lohnempfängers. Die Unternehmer sitzen immer noch in ihren Villen, während die Angestellten oft seit Jahrzehnten keine Lohnerhöhung mehr bekommen haben, am Ende eines jeden Monats in den roten Zahlen sind, sich keine Ferien mehr leisten können, von den steigenden Mieten und Nebenkosten ganz zu schweigen. Und das geht vom Arbeiter bis zum Akademiker sehr vielen so.

Die Unternehmer steuerlich zu schonen, um sie konkurrenzfähig zu halten – das scheint mir der falsche Ansatz zu sein, angesichts der Tatsache, dass ihre Angestellten sich kaum mehr ihr Leben leisten können.

Beste Grüße, S. H.

6. Leserbrief

Jo, Herr Berger !

Linke Denkfehler, und da ist kein Ende abzusehen!

Da berufen sich ja immer wieder linke Leute auf den Ursprung eines Gedankengutes, dass jetzt nur wegen einer Sitzordnung eine Bedeutung findet.

Weit vor Marx haben auch bürgerliche Ökonomen die Gegensätze von „Arm und Reich“ hinreichend beschrieben.

Der Unterschied ist ja nur, dass jener die Auflösung dieses „Gordischen Knotens“ herausarbeitete.

Verwies er doch darauf, dass jenes gesellschaftliche Grundproblem nicht eine ungerechte Verteilung, sondern der Besitz an den Produktionsmitteln sei.

Die die Kapital einsetzen (geerbt, geklaut, geliehen) und dann Arbeitsplätze schaffen (wie nett), häufen Geld an, dass aus der Tätigkeit der Arbeit gewonnen wurde. Also ein gesellschaftliches(!) Vermögen.

Schließlich bestimmen diese, über welche Kanäle auch immer, was ein Staat von diesem Kapital abknüpfen kann.

Im Extremsten wird der Staat eben auch diktatorisch ausgerichtet, um ein Zuviel zu

verhindern.

Und solange haben wir ein System, in dem versucht wird eine „gerechte Besteuerung“ zu erfinden.

„Durch die Aufspaltung der Wähler in das politische Parteiensystem können wir sie dazu bringen, ihre Energie für Kämpfe aufzubreuchen, für Fragen, die keinerlei Bedeutung haben.“ (Montagu Norman, von 1920-1944 Gouverneur der Bank of England, bei einer Rede vor der Bankiersvereinigung der USA in New York)...

Wie banal es doch klingt.....!

Viele Grüße
Jörg Jaskolka

7. Leserbrief

Obwohl ich seit den ersten Ausgaben der Nachdenkseiten ein aufmerksamer und dankbarer Leser dieses Mediums bin, fühle ich mich nicht hinreichend qualifiziert, in dieser Angelegenheit beschlussfähige Vorschläge zu unterbreiten, denn selbst diejenigen, deren Aufgabe es wäre, vernünftige und gerechte Lösungen zu präsentieren, scheinen ein wenig am Thema vorbei zu regieren. Nebenbei gesagt, bin ich auch Ostdeutscher, der nach der Wende lernen musste, dass wir fortan in einer Leistungsgesellschaft leben und das finde ich bis zu einem gewissen Grade auch gut so. In diesem Zusammenhang haben wir auch gelernt, dass sich Leistung auch lohnen muss. Jetzt ist es aber so, dass in dieser Gesellschaft das Einkommen in einem beträchtlichen Ausmaß aus leistungslosen Einkünften generiert wird. Nach Professor Christian Kreiß waren das in Deutschland zum Zeitpunkt seiner Erhebung ca. € 500 Mrd. jährlich, die steuerlich vergleichsweise unbehelligt bleiben. Das dahinter stehende Kapital fördert nicht die Produktivität der Wirtschaft, sondern vermehrt sich ziemlich erfolgreich aus sich selbst heraus, anderenfalls wäre das Gegenteil zu beweisen. Das empfinde ich in einer Leistungsgesellschaft als ausgesprochen unseriös. Das Privatvermögen in Deutschland (ohne Immobilien) wuchs in 2025 um € 442 Mrd. (6-7%) auf >€ 10 Bio gegenüber Staatsschulden von aktuell € 2,8 Bio, während das Wirtschaftswachstum nominal nur ca. 140 Mrd. (0,2%) betrug (wenn man den Angaben der Google-Maschine vertrauen darf). Das scheint mir ein ziemliches Ungleichgewicht zu sein. Wo, bitte schön, haben die Vermögenden ihr Kapital als Triebkraft der Volkswirtschaft eingesetzt (was gerne kolportiert wird) und worin schlägt sich das nieder? Dass Tante

Käthchen an der Supermarktkasse maßgeblich an der Vermögensbildung beteiligt war, kann man wohl getrost vergessen. Als Staat wüsste ich (auch aus Gründen der Gerechtigkeit), wo ich mit der Besteuerung ansetzen muss. Letztendlich ist das aber eine Frage des politischen Willens und der ist bei der jetzigen politischen Kaste nicht zu erwarten. Man kann in der parlamentarischen Demokratie wählen, wen man will, es wird sich bis zum Zusammenbruch daran auch nichts ändern.

Mit freundlichen Grüßen
Björn Ehrlich

8. Leserbrief

Herr Berger,

zunächst einmal dank für Ihren Artikel.

Sind die Reichen wirklich reicher geworden und nicht nur nominal? Was meine ich damit?

Schauen Sie sich die deutschen Durchschnittseinkommen von 1960, 1990 und 2025 an und drücken Sie diese

in oz Gold, Hauspreis, Autopreis und offizieller Inflation aus. Da wird eigentlich offensichtlich, dass die Menschen

über die Jahre mehr Einkommen brauchen, um sich die vergleichbare Güter zu kaufen.

Rechnet man auch noch hinzu,

Kennzahl	1960	1990	2026
Durchschnittliches Bruttojahreseinkommen	ca. 6.000 DM	ca. 25.900 DM	ca. 53.000 €
Kaufkraftindex (1960 = 100)	100	268	564
Kaufkraftverlust ggü. 1960	0 %	63 %	82 %

Kennzahl	1960	1990	2026
Unzen Gold pro Durchschnittsgehalt	ca. 49 oz	ca. 34 oz	ca. 16 oz
Jahreseinkommen für Mittelklassewagen	1,25	1,16	0,85
Jahreseinkommen für Reihenhaus	5,8	9,7	9,4

Dies sind Bruttowerte. Berücksichtigt man noch Steuern und Abgaben, dann haben die Lohnempfänger noch mehr an Kaufkraft verlohren. Hätten wir weiterhin eine intakte Goldgedeckte Währung,

dann müssten die Einkommen nominal doppelt so hoch sein. Bei der gemessenen Inflation muss man noch berücksichtigen, dass Verbesserungen herausgerechnet werden und diese eigentlich grösser ist.

Jetzt ist ja bekannt, dass Reiche und Superreiche überwiegend in Assets (Unternehmen, Immobilien, Aktien, usw) investieren und von der Abwertung des Geldes weniger Betroffen sind.

Natürlich kann man politisch fordern, die Reichen zugunsten der Masse zu enteignen. In der Diskussion wird wenig berücksichtigt, dass schon heute jedes Jahr rd 300.000 der Leistungsträger gehen und sich damit dem Zugriff der dt Steuern entzieht. Reiche und Superreiche vergleichbar. Die Staaten sind nicht nur bei den Unternehmen sondern auch bei den Leistungsträgern im Wettbewerb.

Mit jedem Leistungsträger oder Reichen der geht, verliert der Staat Steuern und muss die Ausfälle entweder über Sparen, Schulden oder mehr Steuern kompensieren.

Ausgaben sind grosse Blöcke festgeschrieben: Rüstung, Soziales, Energiewende, Ukraine, und Flüchtlinge. Jedes dieser Bereiche umfasst ca 100 Mrd oder mehr pro Jahr - oft gut versteckt und über mehrere Haushaltstitel zerstreut. Die Kosten zerstören den vorhandenen Wohlstand. Politisch erwartet man den geringsten Widerstand bei Sozialem und dort wird jetzt fleissig reformiert und am Ende abgebaut.

Die Reichen investieren zum einen in Assets und zum anderen profitieren diese von den Staatlichen Interventionen (Subventionen bei Energiewende, Wohnungen für Flüchtlinge).

Natürlich kann man jedes dieser Felder isoliert betrachten. Dies verhindert aber das System zu verstehen. Inflation reduziert die Kaufkraft. Steuern auf nominelle Einkommen reduziert

die Kaufkraft weiter.

Alle davon profitieren müssen durch Steuern auf Vermögen, virtuelle Gewinne usw enteignet werden, denn dies zwingt die Politik zum Sparen.

Sicher kann man jetzt darüber diskutieren, ob dies Demokratie immanent ist. Bei einer Wahl kann ich Ausgaben für eine bestimmte Gruppe besser verkaufen als Sparen.

Mit freundlichen Grüßen
Harald Schmidt

9. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

ich schätze grundsätzlich den Tiefgang Ihrer Artikel und Ihrer Analysen, aber in diesem Fall ruft Ihr Artikel ein wenig Widerspruch in mir hervor.

Die Staatsbürgerschaft des Vermögens

Sie beschreiben zu Recht, dass eine Ungleichbehandlung von Unternehmen, die sich den selben Markt teilen, für die einen ein Nachteil und für die anderen einen Vorteil bedeutet. Hier in Bezug auf inländische und ausländische Unternehmen. Hier stelle ich mir allerdings eine viel grundsätzlichere Frage. Warum gibt es überhaupt ausländisches Vermögen/Betriebsvermögen in Deutschland? Die einzige Antwort, die ich für mich darauf finden konnte war die, dass wir im Gegenzug dafür auch als Deutsche Vermögen im Ausland haben dürfen. Fehlendes Geld kann es ja nicht sein, wenn man unbedingt „ausländische Investoren“ braucht, da es genug Kreditinstitute in Deutschland gibt. Fehlender Unternehmergeist und Innovationskraft kann es auch nicht sein, weil man damit ja das deutsche Unternehmertum für „rückständiger“ hält, als das des Auslandes. Technologietransfer und Knowhow kann es auch nicht sein, da wir ja einen Außenhandel haben.

Wenn ich mir unter diesen Gesichtspunkten anschau, wer überhaupt Vermögen im Ausland hat, dann fällt mir recht schnell auf, dass es gar nicht die Mehrheit der Deutschen ist, die so etwas hat, sondern dass es sich beim Auslandsvermögen bzw. Vermögen durch Ausländer wieder um ein Spielzeug „der Reichen“ handelt. Also: Weg damit. Vermögen in Deutschland

muss an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt sein und mit einem Maximalvermögen pro Kopf begrenzt werden. (Siehe unten). Das „Schlimmste“ was passieren kann, ist doch lediglich, dass uns das Ausland nicht mehr erlaubt irgendwas in deren Ländern zu besitzen als Rache. Und? Das ist doch nicht der normale Bürger, den das betrifft und es ließe sich wunderbar national umsetzen ohne auf den Rest der Welt warten zu müssen.

Maximalvermögen pro Kopf!

Ich selbst gehe über die Forderungen von höheren Steuern für „Reiche“ weit hinaus und fordere ein „Maximalvermögen pro Kopf“, welches bei ca. 650.000€/Kopf liegen würde. Formel: (Gesamtvermögen in DE) geteilt durch (Anzahl der Einwohner) multipliziert mit (1,3), also mit 30% Aufschlag. Auf Grund der Vermögensschätzungen der letzten Jahre, müssten das so um die 650.000€ sein, die man als Single haben darf. Bei einem Pärchen wären es 1,3 Millionen und bei einer 4-köpfigen Familie 2,6 Millionen maximal. Wenn es um Betriebsvermögen geht, so gilt dies auch dort. Dieses wird auf die Angestellten/Kopf übertragen mit den entsprechenden dazugehörigen Renditen/Dividenden (z.B. über Ausgabe von Aktien) oder auf mehrere Käufer aufgeteilt. Bei einem Betrieb/Unternehmen ist es nämlich egal, wem es gehört, um zu funktionieren. Da zur Idee eines Maximalvermögens pro Kopf aber sehr viele Details gehören, die den Rahmen eines Leserbriefes deutlich sprengen würden, würde ich an dieser Stelle der Einfachheit halber gerne auf mein eBook verweisen, in dem es neben einer Reform der Arbeitslosenquote und der Einführung eines regional flexiblen Arbeitslosengeldes (ReflAg) bei Abschaffung von ALGI und „Hartz4“, auch um das angesprochene Maximalvermögen pro Kopf geht:

„Falsche Narrative - Neoliberalismus“ von Andre Klein - ISBN: 9783759210760

Die Sache mit den Zinsen/Renditen/Dividenden

Diese entstehen nicht aus dem Nichts heraus, sondern es ist das, was wir uns innerhalb geldbasierter Wirtschaftssysteme gegenseitig aus den Taschen ziehen. Die einen gewinnen unter dem Strich dabei, die anderen verlieren. Problematisch wird es, wenn das Zinssaldo negativ ist und dadurch den Konsum einschränkt (Stichwort Rezession), während es an anderer Stelle gespart wird, weil man eh alles hat. Dieses Problem wäre nicht vorhanden, wenn das Vermögen gleichmäßig verteilt wäre. Eine Gesellschaft, die ein Horten von Vermögen erlaubt, stranguliert durch die Zinslast/Renditen/Dividenden irgendwann automatisch seine eigene Realwirtschaft und bekommt Massenarbeitslosigkeit und Rezession. Das war schon immer so. Je ungleicher die Vermögen verteilt sind, desto geringer sind die jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes, bis sie sogar ins Minus rutschen, weil „das Vermögen“ zu viel Geld aus dem Realwirtschaftskreislauf zieht.

Die einzigen Lösungen sind dann nur noch der Ausgleich dieses Negativsaldos durch neue Schulden für alle, die in der Realwirtschaft “leben” oder eben ein Maximalvermögen pro Kopf, um die Zinsen/Renditen/Dividenden wieder in die Realwirtschaft zu bekommen. Und ich persönlich habe kein Interesse an ständig neuen Schulden für die Masse, um das Problem gehorteten Vermögens zu kompensieren.

LG Andre Klein

10. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

Einspruch Euer Ehren.

Anstatt dem Steuersystem ein Update zu verpassen und neue Steuern wie z.B. eine Digitalsteuer etc. einzuführen, sollte die Politik erstmal das bestehende Steuersystem entsprechend und konsequent umsetzen.

Nach Schätzungen von einschlägigen WissenschaftlerInnen entgehen dem deutschen Staat jährlich Steuereinnahmen in Höhe von ca. 100 Mrd. € durch legale Steuervermeidung, die zum Teil durch Finanzbeamte in hochkarätigen Seminaren der entsprechenden Klientel vermittelt wird und noch einmal ca. 100 Mrd. € durch illegale Steuerhinterziehung.

Möglich ist das weil die zuständigen Behörden sowohl personell, als auch technisch mit unzureichenden Ressourcen ausgestattet sind.

Und dieses passiert nicht einfach, sondern ist durchaus politisch so gewollt.

In Deutschland gibt es ca. 300 Milliardäre mit einem geschätzten Gesamtvermögen von 1,5 Billionen €.

Und ca. 30 000 Einkommensmillionäre, das aber nur nebenbei.

(Nichts genaues weiß man übrigens nicht, weil es für Überreiche keine Pflicht zur Angabe ihres Vermögens gibt.

Anders wie bei einfachen Arbeitern und Arbeitnehmern. Die müssen ihre Einkünfte dem Finanzamt offen legen.)

Wenn man nun davon ausgeht, dass diese Milliardäre (und auch die Millionäre) sehr gute Steuerberater haben, dann rechnet man mit einer jährlichen Rendite von ca. 7 %.

Durch das Auslagern des Vermögens und der Gewinne in Stiftungen und in Offshore Konten und internationale Anlageobjekte, entgehen dem Staat jährlich Einnahmen in nicht geringer Höhe.

Da kommt schon ganz schön etwas zusammen. Was man ja auch daran sieht, dass die Überreichen in den letzten Jahren massiv an Vermögen zugelegt haben. Z. B. ein Dieter Schwarz wurde bei der letzten Forbes Liste noch mit 48 Mrd. Taxiert und jetzt sind es angeblich schon 60 Mrd.. Ich glaube kaum, dass 12 Lidl Filialen mehr im letzten Jahr diese 12 Mrd. ausmachen.

A propos, wir sprechen hier von Milliarden Euros.

Dazu muss man sich immer mal vergegenwärtigen von was wir dabei sprechen, hier ein Beispiel dazu:

“Stellen Sie sich vor: Eine Million Sekunden sind elf Tage, eine Milliarde Sekunden dagegen 32 Jahre. Der Unterschied ist gewaltig.”

Bekäme ich also jede Sekunde einen € wäre ich nach elf Tagen Millionär. Aber erst nach 32 Jahren Milliardär!

Das macht die Dimension schon deutlich, oder?

So viel mal zum Thema „es ist kein Geld mehr da“ und anderen täglichen Erzählungen nach dem Motto, „wir können uns diesen Sozialstaat nicht mehr leisten“ und deswegen muss es jetzt dringend Reformen geben, getreu dem Prinzip noch weitere und krasserer Umverteilung von unten nach oben.

Mal sehen wie lange das noch gut geht. Man sagt ja gern, „Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht“!

Von den hunderten von Milliarden die in Rüstung und Kriegstüchtigkeit verschleudert werden (auch dies übrigens nach dem Muster der Umverteilung), möchte ich an dieser Stelle nicht anfangen, das würde uferlos werden.

Auch wenn es keine einfache Aufgabe ist, ein gerechteres Steuersystem zu etablieren, so sollten wir dennoch ganz dringend damit anfangen.

Die Vermögenssteuer ist übrigens schon seit 1997 ausgesetzt, also seit fast 30 Jahren.

Jens Biester

11. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

Jens Berger spricht in seinem Artikel "Reiche, Superreiche und linke Denkfehler" vom 10. Juni wichtige Zusammenhänge an. Es gibt einfach sehr viele nachvollziehbare Hürden bzw. in der Praxis unlösbare Probleme, wenn es darum geht, ein gerechtes Steuersystem aufzubauen. Warum wird besonders die politische Linke (ich verzichte auf eine Begriffsdefinition, wer diese überhaupt ist; ich würde nur daran scheitern; es verhält sich doch wie beim Fußball; keiner kann Abseits erklären, aber jeder erkennt es im Spiel) nicht müde, die faire Besteuerung als hehres politisches Ziel zu formulieren und darauf Energie zu verwenden bzw. verschwenden?

Kann es tatsächlich damit zu tun haben, dass dahinter nur eine Forderung steht, die man leicht aussprechen (oder auch wiederkehrend auf vielen Seiten gegen Entgelt publizieren) kann, ohne daran gemessen zu werden, ob man diese umsetzt, eben gerade weil es solch eine Herkulesaufgabe ist? Wo fängt man an, wo hört man auf? Welche Steuer nimmt man sich zuerst vor, auf welche Zielgruppe einigt man sich? Und wer sollte dafür auf die Straße gehen, wen spricht man damit an? Junge, Alte, Rentner, Pensionäre, Männer, Frauen, Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Selbständige?

Letztendlich geht es bei dem Thema gerechte Besteuerung um eine vernünftige Umverteilung bzw. um es weniger oder vielleicht auch nur anders ideologisch vorbelastet auszudrücken, man denkt hierbei an eine größere Teilhabe für jene an der Wertschöpfung, welche diese hauptsächlich durch eigene Leistung erbringen. Doch ist eine entsprechende Neuausrichtung des Steuersystems überhaupt ein Werkzeug dafür, Einkommen gerecht zu verteilen? Wer garantiert denn nach all den politischen Mühen, zusätzliche Steuern erheben zu können, dass die in der Theorie auf einmal vorhandenen weiteren Mittel für das allgemeine oder ein individuelles Wohl eingesetzt werden? Den gänzlich anderen Aspekt hierbei, dass ein Staat mit Steuern nur steuern sollte, aber nicht finanzieren müsste, weil er

mittels Zentralbankfinanzierung im Einklang mit den nationalen produktiven Kapazitäten (Modern Monetary Theory) imstande wäre, alle notwendigen Ausgaben zu decken, könnte man hier noch einbringen, muss man aber nicht.

Ich will auf das Folgende hinaus: Warum ist es gerade im linken politischen Spektrum mittlerweile unmöglich geworden, den Wald vor lauter Bäumen zu sehen? Es ist doch jedem Arbeitslosen, Auszubildenden, Studenten, Beschäftigten, Selbständigen oder Ruheständler vollkommen egal, wer am anderen Ende der Einkommensskala wie viel Erbschafts-, Kapitalertrags-, Vermögens-, Spekulations- oder Digitalsteuer zahlt, solange man selbst unter vernünftigen ökonomischen Bedingungen lebt, also genau den Anteil der erzielten Wertschöpfung behalten darf, der ein sorgenfreies Leben möglich macht. Und dieser entsteht nicht durch Besteuerung, sondern dadurch, dass man als arbeitender Mensch Löhne und Gehälter erzielt, die mit der Produktivitätsentwicklung steigen. Warum über Steuern nachträglich vom Erwirtschafteten etwas wegnehmen und dabei als Einzelner hoffen, dass ständig wechselnde politische Mehrheiten sich daran erinnern werden, diese Mittel gerecht zu verteilen und so etwas davon zurückzubekommen, anstatt von vornherein das von der erbrachten Leistung zu behalten, was angemessen ist?

Warum versteht es die Linke als Strömung nicht, anstatt viele verschiedene innen- wie außenpolitische Ziele dann doch nur ein vorrangiges zu formulieren, welches eine große Mehrheit in der Gesellschaft unterstützen würde? Und dieses sollte konkret sein:

Einer Familie muss es möglich sein, mit einem Gehalt ein gutes Leben zu führen. Dies bedeutet: Mit nur einem Einkommen kann man so wohnen, konsumieren, sich erholen, die eigenen Kinder erziehen und groß bekommen, wie man sich das wünscht und zusammen glücklich sein.

Welches Geschlecht der Broterwerber dabei hat und ob diese Aufgabe wechselt oder untereinander aufgeteilt wird, ist unerheblich. Klar ist aber auch, dass das Leben kein Wunschkonzert ist. Nicht jede Ausbildung garantiert das gewünschte Einkommen, nicht jede Auszeit ermöglicht einen beruflichen Wiedereinstieg ohne finanzielle Nachteile. Wirtschaftliche Unabhängigkeit, die es nur in Kombination mit einer echten würdevollen staatlichen Absicherung ohne Druck gibt – letztere aber eben gerade nicht, um es deutlich zu sagen, ein bedingungsloses Grundeinkommen ist – ermöglicht individuelle Freiheit in einer sozialen Gesellschaft.

Wer in solch einem System als Einzelner eine Familie ernähren kann, kann dies auch alleine für sich. Wer es sich leisten kann, den Nachwuchs daheim groß werden zu lassen, ist nicht auf staatliche Betreuungseinrichtungen angewiesen, zu denen man mittlerweile nur Zugang

erhält, nachdem man faktische medizinische Zwangsbehandlungen der eigenen Kinder zu akzeptieren hatte. Als Beschäftigter kann man Einkommensforderungen stellen, allein oder im Zusammenschluss, ohne die wirtschaftlichen Konsequenzen fürchten zu müssen, wie sie heute bestehen. Wenn beide verdienen müssen, damit man gerade so über die Runden kommt, lähmt dies die Bereitschaft, sich kenntlich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Die Gegenseite, wie immer man sie nennen will, hat letztendlich genau ein übergeordnetes Ziel: Machtanhäufung. Dies ist jedes Mal sehr deutlich zu erkennen, wenn es um Fragen der Einkommenssteigerung, den Ausbau bzw. den Erhalt der sozialen Sicherung und ganz allgemein die Rechte der Beschäftigten geht. Die entsprechenden Auseinandersetzungen dazu verteilen Macht neu. Mit der gewonnenen Macht können weitere Ziele formuliert und erreicht werden. Aus diesem Grund werden vernünftige Tariferhöhungen, also gerade solche, welche die Reallöhne steigen lassen, heftig bekämpft oder eben Hartz IV eingeführt, als Warnung an alle Beschäftigten, dass auf den Arbeitsplatzverlust die Mittellosigkeit folgt.

Die klare Forderung, hinter die sich die überwiegende Mehrheit der Menschen stellen könnte, mit nur einem Gehalt in einer Familie bereits ein glückliches Leben führen zu können, vereint libertär-individualistische wie auch soziale Überzeugungen. Sie ist klar und deutlich kommunizierbar, auch gerade weil viele sich noch selbst daran erinnern, dass dies die eigene frühere Lebensrealität war. Dafür kann man demonstrieren, die eigene Wahlstimme abgeben und sich sonst engagieren. Ist dies erreicht, reduzieren sich sehr viele weitere politische Anliegen zu Aufgaben, die von den Verantwortlichen lediglich abgearbeitet werden müssen bzw. sie stellen sich nicht mehr.

Ob ein Multimilliardär zwei oder zehn Yachten hat und in drei Jahren sogar 20, ist jedem normalen Menschen vollkommen egal, wenn die eigenen Kinder gesund und man selbst und als (familiäre) Gemeinschaft zukunftsfröh ist. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist nicht die Existenz einer Erbschafts- oder Vermögenssteuer, sondern ein würdevolles Einkommen, das ein selbstbestimmtes Leben möglich macht und alle als Kollektiv in eine starke Machtposition bringt.

Mit bestem Dank und Gruß
Dr. Christian Tartler

12. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

Sie schreiben unter anderem “Dass auch diese Unternehmer mehr zur Finanzierung des Allgemeinwohls beitragen sollten, soll hier gar nicht abgestritten werden. Die entscheidende Frage sollte nur lauten: Wie ist dies zu bewerkstelligen, ohne die Volkswirtschaft als Ganzes und damit die Basis unseres Wohlstandes zu schädigen? Und diese Frage ist alles andere als profan.”

Sicherlich wird niemand bestreiten, dass das profan ist. Auch ich bestreite das nicht. Das grundlegende Problem in “unserer Demokratie” 2026 aber ist, dass in der öffentlichen Debatte und diesen sogenannten “Mainstream-Medien” (von ARD über FAZ und RTL bis zum ZDF) darüber gar nicht debattiert wird. Wenn darüber debattiert bzw. diskutiert wird, dann im Sinne von “Trickle-Down”, der neoliberalen Pferdeäpfel-Spatzen-Theorie: Wenn man die reichen/“superreichen” Pferde (aka “Leistungsträger”) steuerlich entlastet, dann würde auch etwas für die vielen kleinen Spatzen (= “Leistungserbringer”) abfallen, die in den Pferdeäpfeln nach unverdauten Körnern suchen. Das funktioniert aber nur in den Büchern neoklassischer bzw. neoliberaler Wirtschaftstheoretiker.

Ökonomisch profan denken allenfalls Libertäre, die am liebsten alle Steuern abschaffen würden und jeder zahlt nur noch das, was er für das Gemeinwohl (Regierung, Polizei und Armee ausgenommen) zahlen will. Reiche und “Superreiche” haben bzw. hätten damit sicherlich keinerlei Probleme. Aber was ist mit den anderen 90, 95 oder 99 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, je nachdem, wie man “reich” bzw. “superreich” definiert.

Wenn man zum Beispiel die Frage stellt, wie reich müssen die “Superreichen” noch werden, damit Geringverdiener keine Angst mehr haben müssen vor der nächsten Mieterhöhung, dann hat das nichts mit “Enteignung” zu tun oder?

An dieser Stelle möchte ich den Satiriker und Kabarettisten Volker Pispers mit einem 20 oder sogar 30 Jahre alten Satz zitieren (sinngemäß): Die Lüge der Neoliberalen besteht darin, den hart arbeitenden Menschen vorzugaukeln, jeder könne reich werden, wenn er fleißig und nicht allzu dumm ist. ABER NICHT ALLE!

Das funktioniert nicht. Es hat vor 100 Jahren nicht funktioniert und es wird in 100 Jahren nicht funktionieren, dass alle “superreich” werden, falls die Spezies des “Homo sapiens” auf diesem Planeten dann noch existieren sollte.

Tatsache ist, dass die Vermögensteuer in Deutschland seit 1997 nicht mehr erhoben wird. Nicht weil sie verfassungswidrig wäre, sondern weil bis zu diesem Zeitpunkt die

Vermögensarten bei der Bemessungsgrundlage steuerlich unterschiedlich bewertet wurden.

Die Gewerbesteuer wurde 1998 eliminiert. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer lag in den 1970er Jahren bei sagenhaften 56 Prozent, heute beträgt er 47,475 Prozent und zwar inklusive „Reichensteuer“. Wichtig aber ist: Diese sog. „Reichensteuer“ fängt bereits bei einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von derzeit 277.826 Euro an. Wenn die Bundestagsabgeordneten („Volksvertreter“), die diese Steuergesetze verabschieden, das als „reich“ bezeichnen, wie bezeichnen sie dann eine Dividendenauszahlung (= Kapitaleinkünfte) von 622 Mio. Euro, die ein einzelner Aktionär vor ein paar Jahren in einem einzigen Jahr kassierte? Netto bleiben da immerhin noch rund 458 Millionen (+/- 50.000) Euro Einkommen übrig, falls die Dividendenauszahlung legal versteuert wurde. Viele Menschen in diesem Land wären sicherlich glücklich, wenn sie in ihrem gesamten Leben (netto) eine Million Euro verdienen würden. Über die Geringverdiener, die für derzeit 13,90 brutto pro Stunde (= gesetzlicher Mindestlohn) arbeiten, müssen wir erst gar nicht reden. Das macht monatlich rund 2.400 Euro brutto und rund 1.700 netto (ESt I/0, GKV-Zusatzbeitrag 2,90 Prozent, KiSt=0).

Der steuerliche „Witz“ kommt aber noch: Wenn jemand ein zu versteuerndes Einkommen (zvE) aus selbständiger oder nichtselbständiger Tätigkeit (= „Arbeit“) in Höhe von 277.826 Euro erzielen würde, dann ist der Grenzsteuersatz, wenn er noch 100 Euro mehr verdienen würde, wesentlich höher als bei einem Aktionär, der 622.000.000 Euro + 100 Euro Dividende kassiert. Der beträgt nämlich lediglich 25 Prozent + SoliZ (und ggf. freiwilliger Kirchensteuer). Das gilt aber auch für zu versteuernde Einkommen, die weit darunter liegen. Auch bei einem zu versteuernden Einkommen aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit von 50.000 Euro jährlich ist der Grenzsteuersatz höher als bei Kapitaleinkünften (Zinsen, Dividenden usw.) in gleicher Höhe (= 50.000 Euro).

In diesem Land wird auch immer noch von einem progressiven Einkommensteuertarif geredet (Kapitaleinkünfte ausgenommen, siehe oben). Die Progressionsbreite lag allerdings in den 1980er Jahren bei rund 27 Prozent, heute beträgt sie rund sechs Prozent (ohne „Reichensteuer“). Die Krankenschwester, die sicherlich niemand in den 1980er Jahren zu den „Besserverdienern“ gezählt hat und die auch heute niemand dazu zählen wird, wird heute einkommensteuerlich aber behandelt als ob sie eine Besserverdienerin wäre, weil ihr Brutto-Einkommen von 1980 bis 2026 zweifelsohne gestiegen ist, aber der Beginn der letzten Tarifzone beim Einkommensteuertarif vom Gesetzgeber seit Jahrzehnten nicht erhöht wurde.

Wir reden hier von Einkommen und nicht von Vermögen in Höhe von 50 Milliarden Euro oder noch mehr. Ist es schon „Enteignung“, wenn „Superreiche“ mit einem Vermögen von

50 Milliarden = 50.000 Millionen Euro nicht noch schneller immer noch reicher werden?

Zur neoliberalen Wirtschafts- und Steuerpolitik gehört aber auch die Mehrwertsteuer. Der Umsatzsteuersatz (ugs. „Mehrwehrsteuer“ genannt) wurde seit den 1960er Jahren kontinuierlich erhöht. 1970 lag er bei 11 Prozent, 1980 bei 13 Prozent, 1990 bei 14 Prozent, seit 2021 beträgt der (allgemeine) Mehrwertsteuersatz 19 Prozent. Diese Mehrwertsteuer zahlen Grundsicherungs- und Bürgergeldempfänger, Geringverdiener, Normalverdiener bzw. „Durchschnittsverdiener“, Besserverdiener, Reiche und „Superreiche“, wenn sie sich etwas kaufen, denn dieser Prozentsatz ist für alle Bürgerinnen/Bürger (=„Konsumenten“), ganz egal ob arm, reich oder „superreich“ gleich hoch.

Er beträgt 19 Prozent, wenn man sich ein paar neue Socken für 10 Euro kauft, er beträgt 19 Prozent, wenn man sich ein paar Wanderschuhe für 100 Euro kauft, er beträgt 19 Prozent, wenn man sich einen neuen Laptop für 1.000 Euro kauft, und er beträgt 19 Prozent, wenn man sich einen Bugatti oder Maserati für 10 Mio. = 10.000.000 Euro kauft. Sogar Obdachlose zahlen Umsatzsteuer, denn mir ist bislang nicht bekannt, dass Obdachlose von der Mehrwertsteuer befreit wären, wenn sie sich bei aldi, Kaufland, Lidl oder wo auch immer etwas zum Essen und eine Flasche Rotwein oder zwei Dose Bier kaufen (Achtung: Vorurteil!).

Das gilt auch für die „ermäßigte“ Umsatzsteuer. Geringverdiener zahlen 7 Prozent Umsatzsteuer, wenn sie sich im Supermarkt 1 kg Tomaten kaufen, und Superreiche zahlen 7 Prozent Umsatzsteuer, wenn sie sich ein 1 kg Tomaten kaufen. Dabei ist davon auszugehen ist, dass sie die Tomaten nicht selbst kaufen, sondern von ihrer Haushälterin, Haushaltshilfe bzw. Zugehfrau, wie man das früher mal nannte, kaufen lassen.

Fazit: Es gibt nicht nur die negativ konnotierte „Vermögenssteuer“, wenn man eine sozial gerechte Steuerpolitik machen will, die auch noch zu mehr Wirtschaftswachstum, zu mehr Arbeitsplätzen und zu mehr Wohlstand für alle Bürgerinnen/Bürger führt und von der nicht nur die oberen 10 Prozent profitieren. Es gibt bzw. gäbe viele steuerliche Möglichkeiten. Es setzt aber voraus, dass man diese Politik auch machen will.

Und jetzt zitiere ich wieder den genialen Volker Pispers (sinngemäß): Es gibt im demokratischen Deutschland offenkundig keine Mehrheit für eine Politik, von der 90 Prozent der Bürgerinnen/Bürger profitieren und die reichen oberen 10 Prozent („Superreiche“ inklusive) nicht ärmer werden. Das ist aber kein ökonomisches bzw. wirtschaftswissenschaftliches, sondern ein demokratisches, gesellschaftliches und vor allem sozialpsychologisches Problem.

Abschließend noch ein schönes Zitat des 2022 verstorbenen Herbert Achternbusch: “Das schöne Gefühl, viel Geld zu haben, ist nicht so intensiv wie das Scheißgefühl kein Geld zu haben.” Der gesellschaftskritische – für manche zu kritische – Filmmacher, Hörspielautor, Schriftsteller usw. kannte offenkundig beides und auch ich kenne beides aus eigener Erfahrung.

Mit besten Grüßen
Detlef Schmiedel

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.